



„Südbaden im Herzen Europas“

**Beschluss des Leitantrags
der CDU Südbaden**

am Bezirksparteitag

am Samstag, 8. Oktober 2022

im Kurhaus Titisee

Gliederung

Einleitung: Für ein Europa, das unsere Region voranbringt

1. Für eine europäische Idee auf lokaler und regionaler Ebene
2. Für ein schützendes und wehrhaftes Europa im Angesicht des russischen Angriffskrieges
3. Für ein Europa mit guten nachbarschaftlichen Beziehungen zur Schweiz
4. Für ein innovatives und krisenfestes Europa
5. Für ein Europa mit sicherer und nachhaltiger Energie

Einleitung

Für ein Europa, das unsere Region voranbringt

Als Partei von Konrad Adenauer, Walter Hallstein und Helmut Kohl ist der Einsatz für ein vereintes Europa fest in der politischen DNA unserer CDU verankert. Seit jeher leben und teilen wir unsere Leidenschaft für die europäische Integration mit den Bürgerinnen und Bürgern in Südbaden. Die zahlreichen Veranstaltungen und Bürgerforen im Rahmen der Konferenz zur Zukunft Europas sind Zeugnis einer regen Beteiligung vor Ort. Für uns steht fest: Europa gelingt vor allem dann, wenn es von den Bürgerinnen und Bürgern getragen und mitgestaltet werden kann.

Auch die grenzüberschreitende Zusammenarbeit ist Ausdruck unserer zusammenwachsenden Region im Herzen Europas. Bodensee, Hoch- und Oberrhein waren historisch grenzüberschreitend gemeinsame Lebens- und Wirtschaftsräume. Nach der Katastrophe des Zweiten Weltkrieges haben Südbaden, das Elsass und die Nordwestschweiz Schritt für Schritt wieder zusammengefunden. Diesem Prozess fühlen wir uns verpflichtet. Die partnerschaftliche Zusammenarbeit mit unseren Nachbarn ist daher ein zentraler Ausgangspunkt unserer Europapolitik. Für die Menschen in den Grenzregionen wollen wir damit ein spürbarer Mehrwert schaffen. Die gewachsenen Verflechtungen stärken unseren Wirtschaftsstandort sowie die Potentiale in den Bereichen Forschung, Entwicklung und Innovation. Denn zentrale Herausforderungen wie die Energieversorgung, der Fachkräftemangel oder der demographische Wandel erfordern gemeinsame europäische Antworten - auch auf regionaler Ebene.

1. Für ein Europa auf kommunaler und regionaler Ebene

Europa wird nicht nur in Brüssel und Straßburg gemacht, sondern auch aktiv aus seinen Regionen mitgestaltet. Darum ist die Europafähigkeit des Landes und der Kommunen ein wichtiger Faktor. EU-Fördermittel können gerade kleinen Gemeinden die Umsetzung kommunaler Projekte ermöglichen. Der Aufbau von Expertise zur Fördermittelakquise kann die Region nachhaltig stärken.

Entlang der Landesgrenze pflegen viele Kommunen freundschaftliche Beziehungen mit ihren Nachbargemeinden in Frankreich und der Schweiz. Wir begrüßen es, dass Städte mit gemeinsamer Geschichte auf diese Weise wieder zusammenwachsen (z. B. Laufenburg (Baden) und Laufenburg (AG)). Der grenzüberschreitenden Abstimmung im Bereich der Raumordnung sowie dem interkommunalen baurechtlichen Abstimmungsgebot kommt dabei eine neue Bedeutung zu. Darüber hinaus sind gewachsene Strukturen wie die Internationale Bodenseekonferenz und der Oberrheinrat (ORR) wichtige Impulsgeber der trinationalen Region. Dies gilt ebenso für die beiden Eurodistrikte am Oberrhein.

Die Städte- und Jugendpartnerschaften in Südbaden erfüllen die europäische Idee mit Leben. Die Aktivitäten erstrecken sich von den freundschaftlichen Begegnungen bis hin zu grenzüberschreitenden Jugendcamps, Workshops, Austauschprogrammen und gemeinsamen Projekten.

Unterstützende Strukturen wie das Deutsch-Französische Jugendwerk müssen hierfür gestärkt und die neuen, durch den Aachener Vertrag zur Verfügung gestellten, Mittel

abgerufen werden. Das gilt vor allem für die Städtepartnerschaften, die so unbürokratische Unterstützung bekommen können.

In der Mehrsprachigkeit und kulturellen Vielfalt entlang des Rheins sehen wir eine große Bereicherung für unsere gemeinsame Heimat. Diese wollen wir fördern und erhalten. Wir unterstützen das Schulfach Französisch als erste bzw. zweite Fremdsprache. Umgekehrt werben wir gegenüber der Collectivité Européenne d'Alsace für die Ausweitung des Deutschunterrichts auf das gesamte Elsass. Sprachkenntnisse des Nachbarn führen unsere Heimat noch näher zusammen und tragen dazu bei, bestehende Sprachbarrieren weiter abzubauen.

Mit dem europäischen Campus EUCOR haben sich fünf Universitäten aus dem Oberrheinraum – darunter auch die Universität Freiburg – zu einem integrierten Hochschulverband vereinigt. Damit erweitert EUCOR nicht nur das Studienangebot an den einzelnen Standorten, sondern wirkt zugleich als Innovationstreiber unserer Region. So wird der Oberrhein zum Magneten für internationale Spitzenforscher.

Auch gesamteuropäische Programme wie ERASMUS+ und grenzüberschreitende Studiengänge tragen zur Mobilität von Studierenden in der Region bei. Junge Handwerker und Auszubildende können gleichermaßen von europäischen Mobilitäts-Programmen profitieren. Diese Programme stellen eine enorme Bereicherung für alle jungen Menschen dar.

Um die europäische Idee auf lokaler und regionaler Ebene zu stärken, fordert die CDU Südbaden,

- die grenzüberschreitende Abstimmung im Bereich der Raumordnung und das interkommunale Abstimmungsgebot auch über Landesgrenzen hinaus anzuwenden;
- die neuen Mittel des Aachener Vertrages, insbesondere die des Deutsch-Französischen Bürgerfonds, zur Stärkung der Städte- und Jugendpartnerschaften zu nutzen;
- auch den Hochrhein in ein gemeinsames Jugendparlament zu integrieren, um die Zusammenarbeit in der Jugendpolitik trinational zu stärken;
- insbesondere kleinere Städte und Gemeinden bei der EU-Fördermittelbeantragung besser zu unterstützen. Dabei muss die baden-württembergische Landesvertretung bei der Europäischen Union einbezogen werden;
- die Verdoppelung der INTERREG-Mittel, weil damit die grenzüberschreitende Zusammenarbeit nachhaltig verbessert wird und nach wie vor sinnvolle weitere gemeinsame Projekte ins Nachbarland ermöglicht werden;
- die grenzüberschreitenden Mobilitäts- und Promotionsmöglichkeiten von EUCOR auszubauen und mehr Mittel für die Hochschulkooperation - auch auf Landesebene - bereitzustellen. Junge Handwerker und Auszubildende sollen besser über die Mobilitätsprogramme innerhalb von ERASMUS+ informiert werden, damit Universitäten und Handwerk gleichermaßen von der europäischen Idee profitieren können;
- die Zusage des Aachener Vertrages einzulösen, dass die Gebietskörperschaften der Grenzregionen sowie grenzüberschreitenden Einheiten wie Eurodistrikte mit angemessenen Kompetenzen, zweckgerichteten Mitteln und beschleunigten

Verfahren auszustatten sind und dabei auch Ausnahmeregelungen vom jeweiligen nationalen Recht vorgesehen werden können. (Siehe Artikel 13, Absatz 2 des Aachener Vertrages)

- die Unterstützung der Initiativen im grenzüberschreitenden Raum vor den Olympischen Spielen 2024 in Paris, des Querschnittsziels Sport im Programm INTERREG VI Oberrhein und des Projekts "Sport'Rhena", um eine neue Dimension der Zusammenarbeit im Sport links und rechts des Rheins, insbesondere für die Jugend aus Südbaden, dem Elsass und der Nordwest-Schweiz, zu eröffnen.

2. Für ein schützendes und wehrhaftes Europa im Angesicht des russischen Angriffskrieges

Der russische Angriffskrieg in der Ukraine hat uns die Notwendigkeit einer engeren europäischen Verteidigungszusammenarbeit deutlich vor Augen geführt. In der Deutsch-Französischen Brigade mit Sitz in Müllheim und im Eurocorps sehen wir den Beginn für eine verstärkte Zusammenarbeit im Bereich der Verteidigung. Leider hat sich diese in den vergangenen Jahren zu wenig weiterentwickelt. Aufgrund der veränderten Sicherheitslage in Europa sieht die CDU Südbaden hierbei dringenden Handlungsbedarf.

Neben gemeinsamen bi- und trinationalen Brigaden trägt auch eine gemeinsame Beschaffungspolitik zu mehr Sicherheit und zu einer besseren Verteidigungsfähigkeit in Europa bei. Nur wenn alle Länder gleichermaßen gut ausgerüstet für Sicherheit sorgen können, sind alle sicher.

Um die Schutzfähigkeit Europas sicherzustellen, fordert die CDU Südbaden,

- die Stärkung der „European Peace Facility“ im Sinne einer schnellen EU-Eingreiftruppe als Grundstein einer künftigen Europaarmee;
- den Ausbau des EU-Verteidigungsfonds für gemeinsame Forschungs- und Entwicklungsprojekte (z. B. eine europäische Drohne);
- ein einheitliches Beschaffungswesen mit gemeinsamen Waffensystemen und einer nahtlosen Verzahnung der nationalen Streitkräfte;
- ein EUCOR-Forschungsprojekt für eine „Sicherheitsarchitektur in Europa“ einschließlich der dafür notwendigen personellen und materiellen Ressourcen zu schaffen;
- die Zivilklauseln aus Universitätssatzungen zu streichen, damit an Universitäten auch wieder militärisch geforscht werden kann.

3. Für ein Europa mit guten nachbarschaftlichen Beziehungen zur Schweiz

Die trinationale Grenzregion ist ein einzigartiger Wirtschafts- und Innovationsstandort. Zehntausende Grenzgängerinnen und Grenzgänger sind Ausdruck unseres zusammengewachsenen Wirtschaftsraums und ein echter Standortfaktor für die Region. Ihr Berufsleben befand sich zuletzt im Wandel. Denn seit Beginn der Corona-Pandemie ist die Arbeit aus dem Homeoffice in vielen Betrieben nicht mehr wegzudenken.

Dass die Verhandlungen für ein Rahmenabkommen mit der Europäischen Union bis heute kein positives Ergebnis erreicht haben, stellt unsere Region vor enorme Herausforderungen. Für uns steht fest, dass die künftigen EU-Schweiz-Beziehungen einen soliden Rechtsrahmen brauchen. Mosaikartig zusammengewürfelte Einzelabkommen werden der Alltagsrealität unserer verflochtenen Heimat dagegen nicht gerecht. Eine rote Linie für uns bleibt die Integrität des EU-Binnenmarktes.

Die Entscheidung der Schweiz für den Standort des Atomendlagers in unmittelbarer Grenznähe bei Hohentengen hat massive Auswirkungen auf die deutschen Nachbargemeinden am Hochrhein. Auch die Verpackungsstation am vorgesehenen Standort Würenlingen liegt wenige Kilometer von der Grenze zu Deutschland entfernt. Den Fragen und Sorgen der Menschen in Südbaden, speziell am Hochrhein ist hier ernsthaft und nachhaltig Rechnung zu tragen.

Um die gut nachbarschaftlichen Beziehungen zur Schweiz zu stärken, fordert die CDU Südbaden,

- die Verhandlungen über ein institutionelles Rahmenabkommen mit der Schweiz wiederaufzunehmen und auch die Bildungs- und Forschungskooperation neu zu verhandeln;
- im Rahmen einer gemeinsamen Arbeitsverwaltung eine unkomplizierte Abwicklung aller Lohn- und Steuerfragen der Grenzgänger zu ermöglichen;
- die Schaffung eines Gesundheitsabkommens zwischen EU und der Schweiz;
- die Homeoffice-Ausnahmeregelungen für Grenzgänger bei der Steuer und Versicherung langfristig fortzusetzen.
- eine völkerrechtlich verbindlich abgesicherte Beteiligung der betroffenen Region am weiteren Standortentscheidungsprozess Schweizer Atomendlager "Nördliche Läger", die eine gleichberechtigte Behandlung der deutschen Seite u.a. durch die Möglichkeit der genauen Prüfung aller Unterlagen sowie im Hinblick auf finanzielle Entschädigung ermöglicht.

4. Für ein innovatives und krisenfestes Europa

Die CDU Südbaden bekräftigt, dass die **grenzüberschreitende Mobilität** einen besonders hohen Stellenwert im alltäglichen Zusammenleben sowie der gemeinsamen Entwicklung des Dreiländerecks hat. Die CDU Südbaden steht für den freien Personen-, Waren-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehr entlang des Rheins ein. Die Grundfreiheiten müssen auch in Krisensituationen wie einer Pandemie zukünftig gewährleistet werden. Die grenzüberschreitende Dienstleistungserbringung muss sowohl nach Frankreich als auch zur Schweiz ohne Voranmeldung möglich sein. Auch andere EU-rechtswidrige Handelshemmnisse müssen schnellstmöglich fallen – gerade für unser Handwerk. Ein Meilenstein beim Bürokratieabbau konnte beim Warenverkehr mit der Schweiz dank des digitalen Warenausfuhrscheins erzielt werden.

Die grenzüberschreitende Mobilität benötigt die entsprechende Infrastruktur, weshalb wir den Ausbau der Hoahrheinautobahn A98 und des Schienenverkehrs am Oberrhein und Hoahrhein konsequent vorantreiben wollen. Auch der ÖPNV kann ein wichtiger Baustein im trinationalen Mobilitätsmix werden, denn er kann dem wachsenden Mobilitätsbedarf schnell und flexibel Rechnung tragen.

Die Zusammenarbeit in den Bereichen **Umwelt und Energie** wollen wir ausbauen. Im Raumprojekt (Projet de territoire) für das Gebiet um Fessenheim sehen wir großes Potenzial, die Innovationsförderung für den Klima- und Artenschutz zu unterstützen. Vom entstehenden europäischen Wasserstoffnetz wollen wir im Rahmen der Zukunftsvision „Wasserstoff Valley Hoahrhein“ gemeinsam profitieren. Denn hier entsteht die industrielle Infrastruktur von morgen.

Die CDU Südbaden verfolgt das Ziel, die grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Gesundheitsbereich hin zu einem **„Gesundheitsraum Oberrhein und Hoahrhein“** zu vertiefen. Im trinationalen Kompetenzzentrum für Gesundheitsprojekte TRISAN sehen wir eine geeignete Plattform für die Schaffung zukunftsweisender Kooperationsvorhaben. Langfristig soll eine grenzüberschreitende Gesundheitsversorgung entstehen, bei der medizinische Leistungen im Nachbarland problemlos in Anspruch genommen werden können. Krankenhausaufenthalte in Straßburg oder Basel sollen künftig nicht nur Ausnahmecharakter haben.

Die CDU Südbaden steht für eine **weltoffene Gastkultur** im Südwesten. Als aufsteigender Tourismusstandort hat das Hotel- und Gastronomiegewerbe eine besondere Bedeutung für unsere Heimat. Unsere Gäste kommen aus der ganzen Welt – vor allem aber auch aus Frankreich und der Schweiz. Den grenzüberschreitenden Fremdenverkehr wollen wir daher fördern. Auch im Tourismusmarketing wollen wir national, europäisch und international unsere grenzüberschreitende Region gemeinsam bewerben und dafür die entsprechenden Strukturen schaffen.

Die CDU Südbaden teilt die Vision einer **gemeinsamen Sicherheitsarchitektur** an Rhein und Bodensee. Mit der Einrichtung der deutsch-französischen Wasserschutzpolizei an den Standorten Kehl, Vogelgrun und Gamsheim haben wir vor einigen Monaten die erste gemeinsame operative Polizeistelle in Europa geschaffen. Darüber hinaus unterstützen wir den Plan eines trinationalen Lagezentrums zur Gefahren- und Katastrophenabwehr, das im Krisenfall zeitnah Lagebilder aus den Teilregionen geben und die bestehenden Kräfte

koordinieren kann. Weiterhin soll die Schaffung einer ständigen grenzüberschreitenden Koordinierungsstelle für nicht-polizeiliche Gefahrenmeldungen geprüft werden.

Um Europa über die Grenzen der einzelnen Nationalstaaten gemeinsam voranzubringen, fordert die CDU Südbaden,

- dass in etwaigen Krisensituationen die Freiheit des Personen-, Waren-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehrs weitestgehend sichergestellt wird;
- die Dienstleistungsfreizügigkeit für Selbständige und deren Angestellte im Dreiländereck ohne manuelle Voranmeldung und Bürokratie gewährleistet wird;
- dass die Verfügbarkeit von kritischen Gütern (z. B. zur medizinischen Versorgung) durch eine gemeinsame Koordinierung sichergestellt wird;
- einen konsequenten Bürokratieabbau zwischen den nationalen Gesundheitssystemen und die Vorbereitung einer gemeinsamen grenzüberschreitenden Gesundheitsversorgung;
- die Schaffung eines gemeinsamen grenzüberschreitenden Arbeitsmarktes für die Region am Ober- und Hochrhein, innerhalb dessen auch die Ausbildungsberufe gestärkt werden;
- den grenzüberschreitenden Fremdenverkehr durch regionale Werbekampagnen zu unterstützen;
- eine Reform des deutsch-französischen Doppelbesteuerungsabkommens;
- den grenzüberschreitenden ÖPNV auszubauen und eine trinationale Förderkulisse zur Einrichtung grenzüberschreitende Buslinien zusätzlichen Straßen-, Rad- und Fußgängerbrücken sowie Fährverbindungen zu schaffen.
- die gegenseitige Anerkennung der Umweltplaketten aus Deutschland und Frankreich;
- ein gemeinsames Sonderprogramm zur Herstellung von zusätzlichen Bahnverbindungen über den Rhein (z. B. die Bahnstrecke Breisach-Colmar);
- im Zuge der Energiewende grenzüberschreitende Projekte zuzulassen und zu finanzieren.

5. Für ein Europa mit sicherer und nachhaltiger Energie

Die aktuelle Energiekrise, ausgelöst durch den Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine, stellt eine Herausforderung nicht nur für uns in Südbaden, sondern für ganz Europa dar. Die CDU-Südbaden fordert eine Lösung dieser Krise auf europäische Ebene. Ein Rückfall in nationale Denkmuster muss um jeden Preis vermieden werden. Die europäischen Energienetze sind eng miteinander verbunden, nicht zuletzt im südbadischen Dreiländereck zeigen sich die Zusammenhänge mit den Verbindungen von der Schweiz über Südbaden hin nach Frankreich.

Energiesicherheit europäisch denken.

Der Krieg zwischen Russland und der Ukraine hat uns unsere Abhängigkeiten vor Augen geführt. Wir fordern darauf mit einer gemeinsamen europäischen Initiative zu reagieren. Ein gemeinsames, grenzüberschreitendes europäisches Energiesicherheitskonzept muss erarbeitet werden, welches Erzeugungskapazitäten im Strom- sowie im Wärmemarkt analysiert und eine Strategie aufzeigt, welche eine nachhaltige Transformation mit einer sicheren und preiswerten Bereitstellung von Energie kombiniert. Die eingeführten Solidaritätsvereinbarungen bei der Gasspeicherung sind dabei ein erster Schritt, ein langfristiges Konzept zur gemeinsamen Lastenverteilung bei der Sicherung der Energieverfügbarkeit in Europa muss sich daran anschließen. Dabei muss die gemeinsame europäische Solidarität im Fokus stehen, die Schwächen der einen können mit den Stärken der anderen ausgeglichen werden.

Anreize zum europäischen Energiesparen.

Die Abmilderung der aktuell extrem ansteigenden Energiepreise, insbesondere für einkommensschwache Schichten, ist richtig. Eine reine Subventionierung des Energieverbrauchs mit einem Preisdeckel oder Ähnlichem verhindert allerdings Sparanreize, welche jedoch notwendig sind um die europäische Energiekrise gemeinsam zu lösen und unsere Energiesicherheit zu gewährleisten. Dabei sind Sparanstrengungen nicht nur national zu leisten, sondern müssen über alle europäischen Staaten hinweg geleistet werden. Denn die Sparanstrengungen der einen dürfen nicht durch einen subventionierten Mehrverbrauch der Anderen zunichte gemacht werden. Wir fordern deshalb die Koordinierung staatlicher Abmilderungen beim Anstieg der Energiekosten und insbesondere der Sicherstellung von Sparanreizen in den jeweiligen nationalen Entlastungsanstrengungen. Nur so können wir im anstehenden Winter eine europäische Energiesicherheit garantieren.

Europäische Investitionsoffensive

Um unsere Abhängigkeit von russischen Gaslieferungen zu reduzieren, bedarf es nun kurzfristiger Sparanstrengungen. Zur Umsetzung langfristiger autarker und nachhaltiger Energiesicherheit in Europa bedarf es massiver Investitionen in die erneuerbaren Energien. Wir fordern hierzu eine europäische Investitionsoffensive. Diese soll Mittel bereitstellen, welche insbesondere an neuralgischen Stellen eines zu erarbeitenden europäischen Energiesicherheitskonzeptes Investitionen ermöglichen, welche der europäischen Gemeinschaft als Ganzes zur Verbesserung der Energiesicherheit dienen.